Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Jugend und Soziales

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0308/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Jugendhilfeausschuss	10.09.2014	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Fortsetzung der Finanzierung der § 8b SGB VIII - Fachkraftstelle

Beschlussvorschlag:

Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e. V. im Zusammenhang mit den Aufgaben gem. § 8b Abs. 1 SGB VIII und § 4 KKG ist unter Berücksichtigung der in der Beschlussvorlage genannten Aspekte um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Sachdarstellung / Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 20.11.2012 zum Tagesordnungspunkt „Umsetzung Bundeskinderschutzgesetz“ (Drs.-Nr. 0516/2012) folgenden Beschluss gefasst: „Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes im Zusammenwirken mit den übrigen Jugendämtern im Kreisgebiet einen Vertrag mit dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis auszuhandeln, der die Beratung nach § 8 b SGB VIII für befugte Personen sicherstellt. Der Vertrag soll dem Ausschuss in der 1. Sitzung 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt werden und zunächst befristet sein bis zum 31.12.2014.“

Im Rahmen der Mitteilungsvorlage für die Sitzung am 16.04.2013 zum Tagesordnungspunkt „Beratung gemäß § 8 b Abs. 1 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) i.V. m. § 4 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)“ Drs.-Nr. 0177/2013) wurde der abgeschlossene Vertrag vorgelegt und mitgeteilt, dass das Jugendamt des Rheinisch-Bergischen Kreises (für Burscheid, Kürten und Odenthal) und das Jugendamt der Stadt Rösrath erklärt haben, gemeinsam mit der Stadt Bergisch Gladbach einen Vertrag mit dem DKSB abschließen zu wollen; die übrigen Jugendämter wollten diese Aufgabe anderweitig lösen.

Die Vereinbarung wurde mit Wirkung ab 01.04.2013 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 abgeschlossen. Die Vereinbarung ist als Anlage 1 nochmals beigelegt.

Der Träger hat mit Datum vom 04.04.2014 einen ersten Verwendungsnachweis vorgelegt, in dem u.a. die von der Fachkraft durchgeführten Maßnahmen und Beteiligungen aufgelistet sind (Anlage 2). Zudem wurde mit Datum vom 18.07.2014 ein erster Erfahrungsbericht eingereicht, der zusammenfassend die Erkenntnis aus der Arbeit in der Zeit von April 2013 bis Juli 2014 beschreibt (Anlage 3).

Aus den eingereichten Unterlagen und der Zusammenarbeit der Fachkraft mit den Fachkräften der Jugendämter wird deutlich, dass Personen, die nicht im originären Bereich der Jugendhilfe tätig sind, ebenso wie beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt sind, bei denen es erforderlich ist, eine Gefährdungssituation verantwortlich einzuschätzen und ggf. weitere Maßnahmen einzuleiten. Wenn solche Situationen auftreten haben

- Ärztinnen, Ärzte, Hebammen, Entbindungspfleger, Angehörige eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,

-Berufspsychologinnen, -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,

- Ehe-, Familien-, Erziehungs-, Jugendberaterinnen oder -beratern sowie

- Beraterinnen, Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,

- Mitglieder, Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ [3](#) und [8](#) des

Schwangerschaftskonfliktgesetzes,

- staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen, -arbeiter oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen, -pädagogen

- Lehrerinnen, Lehrer an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen

ggü. dem örtlichen öffentlichen Jugendhilfeträger einen Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft (§ 8b Abs. 1 SGB VIII und § 4 KKG). Neben der Beratung in aktuellen Fällen geht es auch um Information, Aufklärung und Fortbildung des betroffenen Personenkreises, um Sensibilität, Sicherheit in der Wahrnehmung und Einschätzung von Signalen sowie Wissen über die einzuleitenden Maßnahmen zu erzeugen bzw. zu verbessern. Diese Aufgaben werden im Rahmen der Vereinbarung außerhalb des öffentlichen Jugendhilfeträgers von der Fachkraft des DKSB wahrgenommen und der bestehende Rechtsanspruch erfüllt.

Die Verwaltungen der Jugendämter sind zu dem Ergebnis gelangt, dass der Vertrag in der bestehenden Form grundsätzlich um ein weiteres Jahr verlängert werden soll. Zwei Aspekte sollten bei der Fortsetzung bedacht werden:

- Aus dem Verwendungsnachweis geht hervor, dass Einzelfallberatungen sowie Multiplikatorenveranstaltungen auch für Personen durchgeführt wurden, die nicht aus den Zuständigkeitsbereichen der drei Jugendämter kommen. Dieser Umstand ist bei der Thematik und den Zuständigkeiten der Institutionen, aus denen der o.g. Personenkreis kommt, kaum zu vermeiden, da Institutionen/ Personen kreisweit bzw. über die Grenzen der Jugendämter hinaus tätig sind (z. B. Beratungsstellen, selbständige Psychologinnen und Psychologen, Förderschulen, Ärztinnen und Ärzte).

Es sollte demnach mit den übrigen Jugendämtern im Kreis geprüft werden, wie diesem Sachverhalt in Zukunft Rechnung getragen werden kann.

- Gem. § 8b Abs. 1 SGB VIII haben Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft „nur“ Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen. Damit ist der Bereich der ehrenamtlich Tätigen von dieser Vorschrift nicht erfasst. In vielen Institutionen, wie beispielsweise Jugendverbänden, Sportvereinen, Vereinen aus dem Rettungswesen beschäftigen sich Ehrenamtliche mit Kindern und Jugendlichen, die mitunter auch in Situationen sind, in denen eine Gefährdungseinschätzung erforderlich ist. Diese Institutionen sehen für sich auch die Verpflichtung, auf solche Situationen adäquat zu reagieren und ihre Ehrenamtlichen „nicht im Regen stehen zu lassen“. Neben den Anforderungen aus § 72a SGB VIII (Vereinbarungen mit dem Jugendamt, damit von den im Verein handelnden Personen keine Gefährdung ausgeht) befassen sich diese Institutionen vermehrt auch mit Schutzkonzepten, um auch bei Gefährdungssituationen, die nichts mit dem Verband/ Verein zu tun haben, handlungsfähig zu sein.

Im Rahmen der neu abzuschließenden Vereinbarung sollte dieser Aspekt mit bedacht und das Aufgabenspektrum der Fachkraft dadurch erweitert werden.